### **Deutscher Bundestag**

**17. Wahlperiode** 11. 12. 2009

### Fragen

# für die Fragestunde der 11. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 16. Dezember 2009

### Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	Nummer der Frage	Abgeordnete Nummer der Frage
Aken, Jan van (DIE LINKE.) .		Herlitzius, Bettina
Barnett, Doris (SPD)	11, 139	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 47, 48
Dr. Bartels, Hans-Peter (SPD) .	19, 83	Hinsken, Ernst (CDU/CSU)
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20.21	Höger, Inge (DIE LINKE.) 94, 95
Becker, Dirk (SPD)	ŕ	Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 55, 56
Behm, Cornelia	,	Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.) 122, 123
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Dr. Hofreiter, Anton
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	) 50, 125	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 42, 43
Bollmann, Gerd (SPD)	118, 119	Humme, Christel (SPD)
Burchardt, Ulla (SPD)	69, 70	Hunko, Andrej (DIE LINKE.) 98, 109
Burkert, Martin (SPD)	51, 52	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 22, 23
Cramon-Taubadel, Viola von		Koczy, Ute (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 80, 81
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35	Koenigs, Tom
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	96, 97	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 28, 29
Dörmann, Martin (SPD)	103, 114	Körper, Fritz Rudolf (SPD)
Dr. h. c. Erler, Gernot (SPD)	86, 87	Dr. Kofler, Bärbel (SPD)
Fell, Hans-Josef		Kolbe, Daniela (Leipzig) (SPD) 44, 45
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59, 60	Kotting-Uhl, Sylvia
Gerdes, Michael (SPD)	67, 68	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 61, 62
Gleicke, Iris (SPD)	126	Kramme, Anette (SPD) 5, 6
Golze, Diana (DIE LINKE.)	14, 15	Krellmann, Jutta (DIE LINKE.) 9, 10
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	127, 128	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 63
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	64, 76	Krüger-Leißner, Angelika (SPD)
Dr. Happach-Kasan, Christel (Fl	DP) 53, 54	Lay, Caren (DIE LINKE.) 16, 17
Dr. Hendricks Barbara (SPD)	120 121	Lemme Steffen-Claudio (SPD) 41 140

Abgeordnete	Nummer der Frage	Abgeordnete Nummer der Frage
Lischka, Burkhard (SPD)	79	Schieder, Werner (Weiden) (SPD) 115
Lösekrug-Möller, Gabriele (SPD)  Dr. Lötzsch, Gesine (DIE LINKE.)		Dr. Schmidt, Frithjof (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 26, 27
Malczak, Agnes	40, 124	Schulz, Swen (Spandau) (SPD) 65, 66
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.) 135, 136
Marks, Caren (SPD)	39, 40	Sharma, Raju (DIE LINKE.) 99
Movassat, Niema (DIE LINKE.)	77, 78	Ströbele, Hans-Christian
Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	90, 91	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 30, 93
Nestle, Ingrid		Stüber, Sabine (DIE LINKE.)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57, 58	Wagner, Daniela
Dr. Notz, Konstantin von		(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 110, 111
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	141	Wawzyniak, Halina (DIE LINKE.) 112
Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 34	Wieland, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 101, 102
Özoğuz, Aydan (SPD)	84, 85	Winkler, Josef Philip
Pau, Petra (DIE LINKE.)	. 106, 107	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 100
Pflug, Johannes (SPD)	88, 89	Wolff, Waltraud (Wolmirstedt) (SPD) 129, 130
Dr. Raabe, Sascha (SPD)	. 133, 134	Zapf, Uta (SPD) 92, 108
Röspel, René (SPD)	71, 72	Ziegler, Dagmar (SPD)
Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ	NEN) 113	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.) 12, 13
Roth, Karin (Esslingen) (SPD)	73, 132	Zypries, Brigitte (SPD) 104, 105

### Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren,	
Frauen und Jugend	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,	
Bau und Stadtentwicklung	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz	
und Reaktorsicherheit	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung	
und Forschung	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche	
Zusammenarbeit und Entwicklung	19
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und	
des Bundeskanzleramtes	21
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	24
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	27
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	28
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	
und Technologie	31

### Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

 Abgeordnete Dagmar Ziegler (SPD) Wann wird das Ergebnis der Überprüfung und damit die Entscheidung der Bundesregierung über die Fortführung des Bundesprogramms "Kommunal-Kombi" vorliegen, und welche weiteren arbeitsmarktpolitischen Förderprogramme sind von der Bundesregierung in Zukunft vorgesehen?

 Abgeordnete Dagmar Ziegler (SPD) Was gedenkt die Bundesregierung speziell für Langzeitarbeitslose in strukturschwachen Regionen in Zukunft zu tun, und mit welchen Maßnahmen will sie der hohen Arbeitslosigkeit und Abwanderung von gut qualifizierten Menschen gerade in Ostdeutschland begegnen?

3. Abgeordnete
Gabriele
Lösekrug-Möller
(SPD)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die durch die im vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales erarbeiteten Eckpunktepapier "Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II, getrennte Aufgabenwahrnehmung, Entfristung bestehender Optionskommunen" vorgesehene getrennte Aufgabenwahrnehmung entstehenden zusätzlichen Kosten gegenüber dem Vollzug des SGB II durch Arbeitsgemeinschaften, und beabsichtigt die Bundesregierung, hierfür Haushaltsmittel für zusätzliches Personal zur Verfügung zu stellen, und um wie viele Stellen geht es hierbei?

4. Abgeordnete
Gabriele
Lösekrug-Möller
(SPD)

Wie beabsichtigt die Bundesregierung, auf den Beschluss der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) vom 26. November 2009 zu reagieren, in welchem sich diese gegen die von der Bundesregierung vorgesehene getrennte Aufgabenwahrnehmung und für die Einrichtung von Zentren für Arbeit und Grundsicherung (ZAG) ausgesprochen hat?

5. Abgeordnete
Anette
Kramme
(SPD)

Welche Gründe sind dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales dafür bekannt, dass in der Branche der Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst noch keine Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen erlassen wurde, und für wann wird gegebenenfalls damit gerechnet, dass diese Verordnung in Kraft treten kann?

6. Abgeordnete
Anette
Kramme
(SPD)

Wird sich das Kabinett, obwohl die im Arbeitnehmer-Entsendegesetz festgelegten Bestimmungen bei dem Abstimmungsergebnis des Tarifausschusses eine Kabinettbefassung nicht vorsehen, dennoch mit der Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen in der Branche der Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst befassen, und besteht wegen des von der FDP reklamierten Vetorechtes die Gefahr, dass die Verordnung dauerhaft nicht behandelt wird und daher nicht in Kraft treten kann?

7. Abgeordnete
Angelika
Krüger-Leißner
(SPD)

Wann werden die Ergebnisse der Pflegekommission (§ 12 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes) für die zwingenden Arbeitsbedingungen für die Pflegebranche vorliegen, und wann wird das Bundesministerium für Arbeit und Soziales als Verordnungsgeber die Kommissionsempfehlung durch den Erlass einer Rechtsverordnung für alle Arbeitgeber sowie alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Pflegebranche für verbindlich erklären?

8. Abgeordnete
Angelika
Krüger-Leißner
(SPD)

Bis wann rechnet die Bundesregierung mit einem Mindestlohn oder einer tariflichen Lohnuntergrenze für die Zeitarbeit, nachdem das Landesarbeitsgericht Berlin der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften die Tariffähigkeit abgesprochen hat?

9. Abgeordnete **Jutta Krellmann** (DIE LINKE.)

Wie ist die Position der Bundesregierung zur noch ausstehenden Allgemeinverbindlicherklärung des Mindestlohns für die Abfallwirtschaft, und warum hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales bisher trotz einstimmiger Zustimmung zum Antrag auf Allgemeinverbindlicherklärung im Tarifausschuss keine entsprechende Rechtsverordnung erlassen?

10. Abgeordnete
Jutta
Krellmann
(DIE LINKE.)

Wird das Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine Verordnung zur Allgemeinverbindlicherklärung des Mindestlohns für die Abfallwirtschaft erlassen, und wenn nein, warum nicht? 11. Abgeordnete

Doris

Barnett
(SPD)

Ist die Bundesregierung trotz dieses drohenden Dumpingwettbewerbs nicht bereit, die Allgemeinverbindlichkeit der Tarifvereinbarung der Entsorgungsbranche festzustellen, und wenn ja, warum nicht?\*)

12. Abgeordnete
Sabine
Zimmermann
(DIE LINKE.)

Wie haben sich die Zahlen für die sog. Aufstocker im Einzelhandel (WZ 2009, Code "47 Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)") in den letzten zwölf Monaten entwickelt (bitte nach sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und geringfügig entlohnten Beschäftigten aufführen), und wie haben sich entsprechend die monatlichen Kosten für Aufstocker im Einzelhandel insgesamt und je Aufstocker entwickelt?

13. Abgeordnete
Sabine
Zimmermann
(DIE LINKE.)

Will die Bundesregierung mit der Tolerierung einer Lohndumpingpraxis wie bei der Firma Schlecker den Niedriglohnsektor durch öffentliche Steuergelder noch mehr subventionieren, und in welchen Zusammenhang steht dazu die Vereinbarung im Koalitionsvertrag, die Minijobs zu fördern?

14. Abgeordnete
Diana
Golze
(DIE LINKE.)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die aus dem Entstehungsprinzip bestehenden Forderungen an Sozialversicherungsbeiträgen zu sichern, die für den Fall entstünden, dass die Tarifunfähigkeit der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) auch letztinstanzlich durch das Bundesarbeitsgericht (BAG) festgestellt wird, und wie hoch sind die Beitragsforderungen, die allein den gesetzlichen Krankenkassen, der Rentenversicherung und der Bundesagentur für Arbeit für das Jahr 2005 entstünden, wenn wegen der Unwirksamkeit der Tarifverträge der CGZP die Vergütungsgrundlagen der Entleiherfirmen zur Anwendung gebracht werden müssten?

15. Abgeordnete
Diana
Golze
(DIE LINKE.)

Welche Maßnahmen hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales eingeleitet, als im April 2009 die erstinstanzliche Entscheidung des Berliner Arbeitsgerichtes bekannt wurde, die der CGZP die Tariffähigkeit absprach, um mögliche Beitragsnachforderungen der Sozialversicherungsträger vor der Verjährung zu sichern, und in welchem Umfang wurde

<sup>\*)</sup> Siehe hierzu auch Frage 139.

durch die Deutsche Rentenversicherung Bund, die gesetzlichen Krankenkassen und die Bundesagentur für Arbeit im Rahmen ihrer Prüfungskompetenz davon Gebrauch gemacht, mögliche Forderungen aus der seit dem 1. April 2009 bekannten Tarifunfähigkeit der CGZP vor der Verjährung zu schützen, indem die Zeitarbeitsfirmen aufgefordert wurden, auf die Einrede der Verjährung zu verzichten?

16. Abgeordnete
Caren
Lay
(DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der "verbraucherpolitischen Zwischenbilanz nach acht Jahren Riester-Rente" des Verbraucherzentrale Bundesverbandes, die zum Ergebnis hatte, dass staatliche Fördergelder vor allem in die Provisionen fließen, statt die Verbraucherinnen und Verbraucher zu erreichen und Zusatzrenten ohne staatliche Förderung z. T. bessere Renditen für die Verbraucher bringen als staatlich geförderte Riester-Produkte?

17. Abgeordnete
Caren
Lay
(DIE LINKE.)

Wie will die Bundesregierung künftig sicherstellen, dass Anbieter von Riester-Produkten die gesetzlich vorgeschriebene Kostentransparenz anders als bisher auch tatsächlich einhalten – also einschließlich Abschluss-, Vertriebs- und Wechselkosten sowie laufenden Verwaltungsgebühren –, und wie bewertet sie vor diesem Hintergrund den Vorschlag des Verbraucherzentrale Bundesverbandes, ein entsprechendes Gesetz zu verabschieden und ein Preisschild einzuführen?

#### Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

18. Abgeordneter Fritz Rudolf Körper (SPD)

Welche Maßnahmen wurden nach der Ankündigung "einer lückenlosen Aufklärung" in der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 8. September 2009 zum Zwischenfall bei Kundus eingeleitet, und in welcher Form erfolgte die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Ergebnisse?\*)

<sup>\*)</sup> Siehe hierzu auch Frage 82.

19. Abgeordneter **Dr. Hans-Peter Bartels** (SPD)

Welche sachlichen Informationen, die über den ihm bereits bei der Amtsübernahme am 28. Oktober 2009 vorliegenden Bericht der NATO-Untersuchungskommission zum Zwischenfall in Kundus hinausgehen, haben den Bundesminister der Verteidigung Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg zu seiner Neubewertung des Luftangriffs veranlasst?\*)

20. Abgeordneter
Volker
Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Informationen und Sachverhalte (bitte einzelne Sachverhalte vortragen), die in den angeblich vorenthaltenen Berichten enthalten sind, waren in dem geheimen Nato-Bericht und dem Bericht des Internationalen Kommitees vom Roten Kreuz (ICRC) über den Einsatz bei Kundus nicht enthalten bzw. lagen dem Bundesminister der Verteidigung, Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, nicht vor, als der Bundesminister den Einsatz als "militärisch angemessen" (www.bmvg.de) bewertete und zu dem Schluss kam: "Selbst wenn es keine Verfahrensfehler gegeben hätte, hätte es zum Luftschlag kommen müssen."?

21. Abgeordneter
Volker
Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern rechtfertigten die Informationen des Berichtes des ICRC, der die Völkerrechtskonformität des Einsatzes in Zweifel zog und Angaben über die zahlreichen zivilen Opfer enthielt, die Einschätzung, dass der Einsatz bei Kundus "militärisch angemessen" sei, bzw. was veranlasste den Bundesminister, die Informationen und Einschätzungen des ICRC-Berichts nur nachrangig in seine Bewertung vom 6. November 2009 einfließen zu lassen?

22. Abgeordnete

Katja

Keul

(BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Rolle der Bundeswehr-Eliteeinheit Kommando Spezialkräfte bei dem endgültigen Befehl zum Abwurf der Bomben am 4. September 2009 nahe Kundus?

23. Abgeordnete
Katja
Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung die Information aus Medienberichten bestätigen, nach denen die Bundeswehr bei dem Luftangriff in Afghanistan ursprünglich mehr Bombenabwürfe angefordert haben soll als letztlich geschehen, und wenn ja, wie bewertet sie dieses Vorgehen?

<sup>\*)</sup> Siehe hierzu auch Frage 83.

24. Abgeordneter Jan van Aken (DIE LINKE.)

In wie vielen Fällen hat die Bundesregierung in Afghanistan in den letzten acht Jahren Entschädigungen wegen der Verletzung/Tötung von Zivilisten durch deutsche Soldaten gezahlt?

25. Abgeordneter Jan van Aken (DIE LINKE.)

Nach welchen Kriterien wird darüber entschieden, ob und in welcher Höhe Entschädigungen gezahlt werden?

26. Abgeordneter
Dr. Frithjof
Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Hat die Bundesregierung in irgendeiner Form Einfluss auf den Zeitpunkt der Veröffentlichung oder den Inhalt des COM-ISAF-Berichtes über die Vorfälle am 4. September 2009 am Kundus-Fluss genommen?

27. Abgeordneter
Dr. Frithjof
Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Warum hat der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, den Luftangriff am Kundus-Fluss am 4. September 2009, obwohl ihm eindeutige Berichte über eine hohe Zahl von Zivilopfern (z. B. der Bericht des Internationalen Kommitees vom Roten Kreuz) und über Verfahrensverstöße (z. B. COM-ISAF-Bericht) vorlagen, als militärisch angemessen bezeichnet, und welche qualitativ neuen Informationen haben ihn inzwischen dazu bewegt, den Angriff als militärisch unangemessen zu bewerten?

28. Abgeordneter
Tom
Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Zu welchem Zeitpunkt (bitte genaue Angaben) lagen dem Bundeskanzleramt sowie dem Bundesministerium der Verteidigung, dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium des Innern der Bericht des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz über das Bombardement auf die Tanklaster in Kundus vor?

29. Abgeordneter
Tom
Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann plant der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, dem Deutschen Bundestag zu erläutern, auf welcher neuen Informationsgrundlage (bitte genaue Angaben) er den Bombenangriff in Kundus in seiner Rede am 3. Dezember 2009 nun doch als "militärisch nicht angemessen" bezeichnet hat?

30. Abgeordneter
Hans-Christian
Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse und Bewertungen etwa der ISAF über Anlass, Verlauf, Folgen sowie Opfer des durch die Bundeswehr veranlassten Luftangriffs auf zwei Tanklastwagen im afghanischen Kundus am 4. September 2009 wurden dem Bundeskanzleramt sowie dem Auswärtigen Amt hernach – v. a. bis zur Bundestagswahl – übermittelt, z. B. durch Drahtmeldungen oder sonstige Berichte dortiger Informanten (bitte differenzieren je nach Bundesministerium, Eingangstag, Quellen), und wann wurde aufgrund jener Fakten dieser Angriff in diesen Teilen der Bundesregierung ab Referatsleiterebene aufwärts besprochen, bewertet sowie insbesondere als "angemessen" oder "nicht angemessen" bzw. "unangemessen" bezeichnet?\*)

31. Abgeordnete
Agnes
Malczak
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann und inwieweit hat die Bundesregierung den Deutschen Bundestag von der Existenz und dem Auftrag der "Task Force 47" (lt. Bild vom 10. Dezember 2009) informiert?

32. Abgeordnete
Agnes
Malczak
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie erklärt die Bundesregierung die erste Einschätzung des Bundesministers der Verteidigung zum Bombenangriff von Kundus als "militärisch angemessen" angesichts der Tatsache, dass ihm bereits bekannt war, dass dieser vom Internationalen Kommitee vom Roten Kreuz als völkerrechtswidrig und somit als Kriegsverbrechen eingestuft wurde?

33. Abgeordneter
Omid
Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ab wann lagen welche Berichte zum Luftangriff auf Tanklastzüge nahe Kundus dem Bundesminister der Verteidigung, Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, im Vorfeld seiner Pressekonferenz am 6. November 2009 vor (bitte Einzelangaben zu jedem Bericht)?

34. Abgeordneter
Omid
Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Aus welchen Gründen wurde das Einsatzprotokoll der "Task Force 47" den NATO-Ermittlern zum Luftangriff auf Tanklastzüge nahe Kundus nicht zur Verfügung gestellt?

<sup>\*)</sup> Siehe hierzu auch Frage 93.

35. Abgeordnete Viola von (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie verhält sich die Bundesregierung gegenüber der Forderung des ISAF-Kommandeurs General Cramon-Taubadel McChrystal, eine einheitliche Entschädigungspolitik der NATO-Truppensteller einzuführen (Süddeutsche Zeitung vom 10. Dezember 2009, S. 2), und welche Entschädigungskriterien muss diese erfüllen?

36. Abgeordnete Cornelia Behm (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie erklärt die Bundesregierung, dass der Bundesforst auf dem munitionsbelasteten Sperrgebiet in der Kyritz-Ruppiner Heide Treibjagden mit mehreren hundert Zivilisten veranstaltet, während Zivilpersonen, die nicht zu den Jagdgesellschaften gehören, das Betreten dieser Flächen unter Strafe verboten ist?

#### Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

37. Abgeordnete Christel Humme (SPD)

Wie hoch war der Abruf der Bundesmittel durch die einzelnen Bundesländer für die Jahre 2008 und 2009?

38. Abgeordnete Christel Humme (SPD)

Welchen Kenntnisstand hat die Bundesregierung über die Einhaltung der verpflichtenden Vereinbarung durch die einzelnen Bundesländer, ihren Anteil am Betreuungsausbau in gleicher Höhe wie der Bund zu leisten, die mit der Zurverfügungstellung des Sondervermögens getroffen wurde?

39. Abgeordnete Caren Marks (SPD)

Wie sieht der Stand des Ausbaus der Kinderbetreuung in den einzelnen Bundesländern zum Zeitpunkt Ende 2009 aus?

40. Abgeordnete Caren Marks (SPD)

Welche Mittel aus dem Sondervermögen für Investitionen in Höhe von 2,15 Mrd. Euro standen 2008 und 2009 für die 16 Bundesländer jeweils zur Verfügung, und welcher jeweilige Anteil ist für 2010 vorgesehen?

#### Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

41. Abgeordneter Steffen-Claudio Lemme (SPD) Welche Form und Größenordnung an Leistungskürzungen und/oder Beitragssatzsteigerungen sind mit der von der neuen Bundesregierung im Koalitionsvertrag angekündigten Überprüfung der Praxisgebühr, und damit sich abzeichnender Einnahmeausfälle, für die Bürgerinnen und Bürger im Land zu erwarten?

#### Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

42. Abgeordneter
Dr. Anton
Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann rechnet die Bundesregierung mit der Fertigstellung der Ausbaustrecke München-Mühldorf-Freilassing, und für welche Abschnitte der Ausbaustrecke München-Mühldorf-Freilassing liegen noch keine Finanzierungsvereinbarungen vor?

43. Abgeordneter
Dr. Anton
Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welcher Finanzierungsbedarf besteht noch für die Ausbaustrecke München-Mühldorf-Freilassing, und welche Finanzmittel sollen in welchen Jahren bis zur voraussichtlichen Fertigstellung der Ausbaustrecke München-Mühldorf-Freilassing nach Planung der Bundesregierung noch bereitgestellt werden?

44. Abgeordnete

Daniela

Kolbe
(Leipzig)
(SPD)

Wie schätzt die Bundesregierung die Rechtslage zur Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle ein, der als ziviler Flughafen genehmigt ist und für den keine Genehmigung für eine regelmäßige militärische Nutzung erteilt wurde, dessen zivile Infrastruktur (zivile Terminals, Lagerhallen, Parkplätze sowie eine Eisenbahnrampe) aber gemäß eines Berichts des Mitteldeutschen Rundfunks vom 27. November 2009 regelmäßig von der Bundeswehr für militärische Flüge genutzt wird, und teilt die Bundesregierung die Einschätzung des Berliner Luftfahrtrechtlers Prof. Dr. Elmar Giemulla, dass die o. g. Vorgänge nicht durch die Betriebserlaubnis des Zivilflughafens gedeckt seien?

45. Abgeordnete
Daniela
Kolbe
(Leipzig)
(SPD)

Wie schätzt die Bundesregierung angesichts der Gefährdung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Flughafens und der zivilen Flugreisenden durch die militärische Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle sowie angesichts der Unklarheit bezüglich der Betriebserlaubnis des Flughafens die versicherungsrechtliche Lage ein?

46. Abgeordnete
Dr. Gesine
Lötzsch
(DIE LINKE.)

Ist die Bundesregierung bereit, in Anbetracht der geplanten Neuverschuldung von fast 100 Mrd. Euro im nächsten Jahr, Prestigeprojekte, wie das Berliner Schloss, aufzugeben?

47. Abgeordnete
Bettina
Herlitzius
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie steht die Bundesregierung zu den aktuellen Aussagen von Franziska Eichstädt-Bohlig und anderen Experten, mit dem vom Deutschen Bundestag bewilligten Kostenrahmen von 552 Mio. Euro für den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses (Humboldt-Forum) sei nur eine "Billigkopie" (u. a. Berliner Zeitung vom 3. Dezember 2009) möglich?

48. Abgeordnete
Bettina
Herlitzius
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Erwartet die Bundesregierung Kostensteigerungen beim Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses (Humboldt-Forum) aufgrund des verzögerten Baubeginns und der verlängerten Bauzeit, und wie sollen diese höheren Kosten finanziert werden?

49. Abgeordnete
Cornelia
Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Auf welche Weise hat die Bundesregierung seit 1990 insbesondere auch im Hinblick auf die Erwartung steigender Binnenschifftransporte in Richtung Osteuropa die Entwicklung und den Bau an die Wasserstraßenverhältnisse im Osten Deutschlands angepasster z. B. flachgängiger und damit umweltfreundlicherer Binnenschiffe gefördert, und was tut sie dafür, dass diese Schiffe in Zukunft in großer Stückzahl auf Bundeswasserstraßen verkehren werden?

50. Abgeordnete Veronika Bellmann (CDU/CSU)

Welche konkreten Auswirkungen haben die Prüfungen der Deutschen Bahn AG, insbesondere der Bahn-Gütersparte, auf Betriebsstellen im Freistaat Sachsen und insbesondere auf das geplante Güterverkehrszentrum Glauchau (Baurecht seit 17. November 2009), und wie lautet die entsprechende Begründung zur Auswahl bezüglich des Bestands oder der Auflösung der einzelnen Betriebsstellen?

51. Abgeordneter Martin Burkert (SPD)

Was versteht die Bundesregierung konkret unter der im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP angekündigten "maßvollen Erhöhung der Lkw-Fahrzeuggrößen in geeigneten Relationen", und wie soll ein derartiger bundesweiter Feldversuch aussehen?

52. Abgeordneter Martin Burkert (SPD)

Was will die Bundesregierung unternehmen, um Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern, und wie soll dies ausgestaltet werden, um damit die Vorreiterrolle Deutschlands im Bereich Klimaschutz zu stärken?

#### Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

53. Abgeordnete Dr. Christel Happach-Kasan (FDP)

Welchen naturschutzrechtlichen Status haben Neozoen (Wirbeltiere) in Deutschland, und gehören sie zu den jagdbaren Arten?

54. Abgeordnete **Dr. Christel Happach-Kasan** (FDP)

Wie bewertet die Bundesregierung in naturschutzfachlicher Hinsicht die weitere Entwicklung der frei lebenden Nandu-Population, die sich in den letzten Jahren in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern aus Tieren gebildet hat, die aus einer Vogelfarm entwichen sind?

55. Abgeordnete
Bärbel
Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über das vermehrte Auftauchen von radioaktiv kontaminierten Metallteilen – u. a. aus der Öl- und Gasindustrie – im Recyclingschrott der Deutschen Bahn AG?

56. Abgeordnete

Bärbel

Höhn

(BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN)

Warum wurden die radioaktiven Abfälle aus der Ölund Gasindustrie bisher noch nie in den jährlich erscheinenden Strahlenschutzbericht der Bundesregierung aufgenommen, und beabsichtigt die Bundesregierung dies zu ändern? 57. Abgeordnete
Ingrid
Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche nichtradioaktiven Giftstoffe wie Quecksilber sind in den letzten fünf Jahren in welchen Mengen bei der Öl- und Gasförderung in Deutschland angefallen (bitte differenzieren nach Schlämmen und Ablagerungen)?

58. Abgeordnete
Ingrid
Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Warum gilt der sonst im Strahlenschutz übliche Genehmigungsvorbehalt für die radioaktiven Abfälle aus der Öl- und Gasindustrie ausdrücklich nicht?

59. Abgeordneter
Hans-Josef
Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) vor der Einstellung Gerald Hennenhöfers als Abteilungsleiter überprüft, welchen Tätigkeiten in atomwirtschaftlichen oder atomrechtlichen Angelegenheiten dieser zwischen seinem Ausscheiden aus dem BMU im Jahr 1999 und seiner jetzigen Wiedereinstellung nachgegangen ist – insbesondere Tätigkeiten für Betreiber von Atomkraftwerken, für deren Mutterkonzerne oder für Organisationen und Unternehmen der Atomwirtschaft –, und falls ja, welchen derartigen Tätigkeiten ist Gerald Hennenhöfer nachgegangen?

60. Abgeordneter
Hans-Josef
Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Besteht aus Sicht der Bundesregierung die Gefahr, dass Gerald Hennenhöfer Interessenkonflikte hat, atomkraftwerkbetreibende Energiekonzerne zu beaufsichtigen, weil er jahrelang für solche tätig war, und wie will die Bundesregierung sicherheitsrelevante Fehlentscheidungen Gerald Hennenhöfers aufgrund solcher Interessenkonflikte sicher ausschließen?

61. Abgeordnete
Sylvia
Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wurde im Vorfeld der Einstellung Gerald Hennenhöfers als Abteilungsleiter im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der von ihm mitunterzeichnete Vermerk zu einer Besprechung zwischen ihm und Vertretern des ehemaligen Betreibers der Schachtanlage Asse II (Besprechung vom 8. April 2008) berücksichtigt, und sieht die Bundesregierung aufgrund der Informations- und Öffentlichkeitsbeteiligungspolitik, zu der Gerald Hennenhöfer dem ehemaligen Asse-Betreiber allgemein bzw. insgesamt geraten hat, die Gefahr, dass Gerald Hennenhöfer nun auf eine ähn-

liche Informationspolitik des BMU gegenüber der Öffentlichkeit hinwirken könnte?

62. Abgeordnete
Sylvia
Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vertritt der neue Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Norbert Röttgen, die Auffassung, dass bei der Entscheidung über Anträge auf Strommengenübertragungen von neueren Atomkraftwerken auf ältere Atomkraftwerke Sicherheitsgesichtspunkte für die Zulässigkeit derartiger Strommengenübertragungen von maßgeblicher Bedeutung sind, oder vertritt er die Auffassung, dass nicht Sicherheitsgesichtspunkte, sondern vom Betreiber darzulegende betriebswirtschaftliche Gründe maßgeblich sind?

63. Abgeordneter
Oliver
Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Bei welchen Siedewasserreaktoren und bei welchen Druckwasserreaktoren ist aus Sicht der Bundesregierung praktisch ausgeschlossen, dass es aufgrund des sogenannten Sumpfsiebproblems zu einer Kernschmelze kommt (bei für jeden der insgesamt 17 deutschen Reaktoren einzeln angeben)?

64. Abgeordnete
Heike
Hänsel
(DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der diese Woche (50. KW) in Kopenhagen von der G77 geäußerten Kritik an dem Entwurf der Abschlusserklärung des Klimagipfels, dass die vagen und zu niedrigen Summen, welche die Industrieländer für Klimaanpassungsmaßnahmen in den armen Ländern diskutieren, gerade mal ausreichten, um Särge für die durch den Klimawandel gestorbenen Menschen anzuschaffen?

# Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

65. Abgeordneter
Swen
Schulz
(Spandau)
(SPD)

Mit welchen konkreten Finanzierungsvorschlägen des Bundes zur Erreichung des 10-Prozent-Ziels von Dresden geht die Bundesregierung in die Beratungen anlässlich der Konferenz der Regierungschefs von Bund und Ländern am 16. Dezember 2009, und wie bewertet die Bundesregierung die Forderungen der Länder, auf den Mehrbedarf Ausgaben wie Pensionsleistungen, Kindergeld für Volljährige oder steuerliche Vergünstigungen zusätzlich als Bildungsaufwendungen anzurechnen?

66. Abgeordneter
Swen
Schulz
(Spandau)
(SPD)

Welche konkreten Vorschläge für daraus zu finanzierende gemeinsame bildungs- und forschungspolitische Bund-Länder-Initiativen will der Bund in dieselben Beratungen einbringen?

67. Abgeordneter Michael Gerdes (SPD)

Welches konkrete Angebot möchte die Bundesregierung den Ländern anlässlich der Konferenz der Regierungschefs von Bund und Ländern am 16. Dezember 2009 machen, um wie von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, angekündigt, die zu erwartenden Steuermindereinnahmen der Länder mit zusätzlichen Bildungsmitteln des Bundes zu kompensieren, und wie bewertet die Bundesregierung die diesbezüglichen Vorschläge der Länder zur Neuverteilung des Umsatzsteueraufkommens?

68. Abgeordneter Michael Gerdes (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, derzufolge die Föderalismusreform 2006 ein Fehler war und insbesondere die Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bildungsbereich erheblich beeinträchtige, und welche Initiativen plant die Bundesregierung zur Abhilfe?

69. Abgeordnete Ulla Burchardt (SPD)

Von welchem jährlichen Mittelmehrbedarf von Bund und Ländern, um bis 2015 das 10-Prozent-Ziel von Dresden zu erreichen, geht die Bundesregierung in den Beratungen anlässlich der Konferenz der Regierungschefs von Bund und Ländern am 16. Dezember 2009 aus?

70. Abgeordnete Ulla Burchardt (SPD)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Höhe der öffentlichen Bezuschussung von staatlich anerkannten Hochschulen in privater Trägerschaft in der Bundesrepublik Deutschland vor?

71. Abgeordneter René Röspel (SPD)

War die jetzt erfolgte Ausschreibung des Direktors des Europäischen Forschungsrates (ERC) Verhandlungsgegenstand beim Wettbewerbsrat, und was war das Verhandlungsziel der Bundesregierung? 72. Abgeordneter René Röspel (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die nunmehr erfolgte Ausschreibung und das folgende Auswahlverfahren des Direktors des Europäischen Forschungsrates (ERC) vor dem Hintergrund der gebotenen Autonomie des Europäischen Forschungsrates gegenüber den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission?

# Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

73. Abgeordnete
Karin
Roth
(Esslingen)
(SPD)

In welcher Form wird die Bundesregierung das Menschenrecht auf soziale Sicherheit achten und den von der Großen Koalition der CDU/CSU und SPD beschlossenen Schwerpunkt des Aufbaus von sozialen Sicherungssystemen in Entwicklungsländern fortsetzen?

74. Abgeordnete **Dr. Bärbel Kofler** (SPD)

Wie wird die Bundesregierung die in der Presse hervorgehobenen Mittel für zusätzliche Maßnahmen in Afghanistan – 52 Mio. Euro aus Umschichtungen und 80 Mio. Euro aus Verpflichtungsermächtigungen – im Haushalt 2010 als zusätzliche Mittel verstetigen?

75. Abgeordnete Dr. Bärbel Kofler (SPD)

Auf welcher Grundlage und zu Lasten welcher Länder und welcher Maßnahmen hat die Bundesregierung ihre Entscheidung für die Umschichtung von 52 Mio. Euro im Entwicklungshaushalt zugunsten zusätzlicher Maßnahmen in Afghanistan getroffen?

76. Abgeordnete
Heike
Hänsel
(DIE LINKE.)

Wie beurteilt die Bundesregierung Berichte, u.a. in der "Frankfurter Rundschau" vom 11. Dezember 2009, wonach Steuergelder in großer Höhe als Schutzzölle im Rahmen von Wiederaufbauprojekten in Afghanistan an Taliban bzw. Warlords gezahlt werden und somit der Einsatz der NATO die gewalttätigen Aufständischen und Provinzfürsten entgegen offizieller politischer und militärischer Absichtserklärungen stärkt, statt ihren Einfluss einzudämmen?

77. Abgeordneter
Niema
Movassat
(DIE LINKE.)

Welche konkreten verbesserten Maßnahmen will der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, gegen den Mohnanbau ergreifen angesichts der Tatsache, dass eine umfassende Verhinderung des Drogenanbaus in Afghanistan von Experen als unmöglich eingestuft wird, und auf welche Art und Weise soll dann ein Abzug der Bundeswehr möglich werden, wenn für ihn, wie im Interview mit der "Süddeutschen Zeitung" am 4. Dezember 2009 angegeben, die Bedingung für einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ist, "[...] dass die Menschen den Lebensunterhalt ohne Drogenanbau verdienen können [...]", weil es sonst "[...] keine dauerhafte Sicherheit und Selbständigkeit der Afghanen geben wird [...]"?

78. Abgeordneter Niema Movassat (DIE LINKE.)

Wie ist die aktuelle Haltung des Bundesministers Dirk Niebel zum Thema Börsenumsatzsteuer angesichts dessen, dass die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, diese am 10. Dezember 2009 in Bonn als "eine sehr charmante Idee, die vielleicht manchen Lerneffekt befördern würde" bezeichnet hat, während der Bundesminister Dirk Niebel noch vor kurzem geäußert hatte, dass es eine solche Steuer in dieser Legislatur nicht geben werde?

79. Abgeordneter Burkhard Lischka (SPD)

Sieht die Bundesregierung für den Fall, dass in Uganda die Todesstrafe für homosexuelle Handlungen eingeführt wird, konkrete Veränderungen in der Entwicklungszusammenarbeit vor, z. B. die Entwicklungszusammenarbeit einzustellen, und erwägt die Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass homosexuelle Handlungen in mehr als 80 Staaten weltweit, darunter in vielen in Afrika, unter Strafe stehen, die Gelder für Entwicklungszusammenarbeit dann auch für weitere Länder zu stoppen?

80. Abgeordnete
Ute
Koczy
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Mit welchen Summen und ab wann wird sich die Bundesregierung an der europäischen Sofortfinanzierung für die Unterstützung von Entwicklungsländern beim Kampf gegen den Klimawandel in den nächsten Jahren beteiligen?

81. Abgeordnete
Ute
Koczy
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Über welche Programme/Fonds und über welche Institutionen sollen diese zugesagten Summen fließen?

## Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

82. Abgeordneter Fritz Rudolf Körper (SPD)

Wer trug bei der nachrichtendienstlichen Lage im Bundeskanzleramt erstmals zum Zwischenfall bei Kundus vor, und an wen wurden die dort vorgebrachten Erkenntnisse weitergeleitet?\*\*)

83. Abgeordneter **Dr. Hans-Peter Bartels** (SPD)

War die Meldung des deutschen Mitglieds im ISAF-Untersuchungsteam zum Luftschlag bei Kundus vom 6. September 2009 mit in die Kanzlervorlage über die vorläufigen Ermittlungsergebnisse eingeflossen, und welche weiteren Erkenntnisse bildeten die Grundlage für die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, vom 8. September 2009?\*\*)

84. Abgeordnete
Aydan
Özoğuz
(SPD)

Welche Rechte und Pflichten legt der Integrationsvertrag, den die Bundesregierung als neues Instrument einführen will, sowohl für Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer als auch für bereits seit längerer Zeit hier lebende Migrantinnen und Migranten fest, und wie soll eine spätere kontinuierliche Überprüfung ausgestaltet werden?

85. Abgeordnete
Aydan
Özoğuz
(SPD)

Welche Rechtsgrundlage liegt einer in den Medien berichteten Praxis zugrunde, wonach neue Zuwanderer Verträge unterschreiben müssen, in denen sie sich u. a. zum Erlernen der deutschen Sprache verpflichten und wonach eine Nichteinhaltung zur Ausweisung führen soll, wobei Behördenmitarbeiterinnen/Behördenmitarbeiter und Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Träger tatsachenfeststellende und beurteilende Instanz sein sollen, und wann wird sie eingeführt?

<sup>\*)</sup> Siehe hierzu auch Frage 18.

<sup>\*\*)</sup> Siehe hierzu auch Frage 19.

#### Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

86. Abgeordneter
Dr.h.c. Gernot
Erler
(SPD)

Wann und in welcher Weise wird die Bundesregierung den Deutschen Bundestag über ihre eigenen konzeptionellen Vorstellungen informieren, die sie in die internationalen Beratungen über eine neue Afghanistan-Gesamtstrategie bei der für den 28. Januar 2010 in London vorgesehenen Afghanistan-Konferenz einbringen wird?

87. Abgeordneter Dr. h. c. Gernot Erler (SPD)

Wie sehen die einzelnen Schritte der Bundesregierung aus, um sich auf die Afghanistan-Konferenz am 28. Januar 2010 vorzubereiten, und welche Beiträge von welchen Bundesministerien sind dazu vorgesehen?

88. Abgeordneter **Johannes Pflug** (SPD)

Wird sich die Bundesregierung bei der Vorbereitung der Londoner Afghanistan-Konferenz am 28. Januar 2010 auf die Definition möglicher deutscher Beiträge zu einer künftigen Afghanistan-Strategie beschränken oder auch deutsche Vorstellungen über eine Gesamtstrategie vorlegen?

89. Abgeordneter **Johannes Pflug** (SPD)

Welches sind aus der Sicht der Bundesregierung die wichtigsten festzulegenden Punkte bei einer künftigen Afghanistan-Strategie als wünschenswertes Ergebnis der Londoner Konferenz am 28. Januar 2010?

90. Abgeordneter **Dr. Rolf Mützenich** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung im Einzelnen die Vorschläge des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Barack Obama, zur amerikanischen Politik für die Zukunft in Afghanistan und Pakistan vom 1. Dezember 2009?

91. Abgeordneter **Dr. Rolf Mützenich** (SPD)

Welche Einschätzungen und Ratschläge der Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten, Barack Obama, nach Pressemeldungen vor seiner Rede am 1. Dezember 2009 kontaktiert wurde, sind in diese Rede eingeflossen? 92. Abgeordnete Uta Zapf (SPD)

Bedeuten die jüngsten Äußerungen des CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer, die bisherige Obergrenze der nach Afghanistan entsandten deutschen Soldaten von 4500 sei ausreichend, eine Änderung der bisherigen Haltung der Bundesregierung, erst nach der Afghanistan-Konferenz am 28. Januar 2010 über den künftigen Umfang des deutschen Engagements in Afghanistan zu entscheiden, und wenn nicht, was bedeuten sie dann?\*)

93. Abgeordneter
Hans-Christian
Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung zur Vorbereitung der Afghanistan-Konferenz im Januar 2010 den zivilen Aufbau durch die Bundeswehr bzw. durch die sog. Provincial Reconstruction Teams (PRT) in Afghanistan gemeinsam mit den dort teils schon vor 2001 tätigen zivilen Hilfsorganisationen evaluieren, und wird sie deren Forderung nach klarer Trennung von zivil-humanitärem und militärischem Engagement umsetzen, damit Aufständische deren Aufbauarbeit nicht als mit feindlichem Militär vernetztes Tun denunzieren können, sowie das PRT-Konzept dahingehend ändern?\*\*)

94. Abgeordnete Inge Höger (DIE LINKE.)

Hat sich die frühere Bundesregierung als Mitglied im Menschenrechtsrat dafür eingesetzt, dass der im September 2006 verfasste Bericht des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte, der auf einer Delegationsreise im Mai 2006 in die Westsahara beruhte, öffentlich wird, und wenn nein, wird sich die jetzige Bundesregierung dafür einsetzen, dass er öffentlich zugänglich gemacht wird?

95. Abgeordnete Inge Höger (DIE LINKE.)

Inwieweit würde die Veröffentlichung des Berichts des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte die Zusammenarbeit der EU mit einem Staat wie Marokko an den Außengrenzen bezogen auf Maßnahmen zur Verhinderung der so genannten illegalen Migration und zur Sicherung der EU-Außengrenzen aus Sicht der Bundesregierung in Frage stellen, wenn darin die systematische Verletzung von Menschenrechten in der Westsahara und auch gegenüber Flüchtlingen, Asylbewerbern und Migranten kritisiert würde?

<sup>\*)</sup> Siehe hierzu auch Frage 108.

<sup>\*\*)</sup> Siehe hierzu auch Frage 30.

96. Abgeordnete
Sevim
Dağdelen
(DIE LINKE.)

Welche Initiativen hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit der saharauischen Menschenrechtsaktivistin Aminatou Haidar gegenüber der marokkanischen Regierung ergriffen, um deren Einreise in die Westsahara zu erwirken, die ihr am 13. November 2009 verweigert wurde?

97. Abgeordnete
Sevim
Dağdelen
(DIE LINKE.)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass die marokkanischen Behörden Aminatou Haidar vor ihrer Abschiebung nach Lanzarote den Pass abgenommen haben und sie damit gar nicht in Spanien bzw. in die EU hätte einreisen dürfen und Spanien sich gegenüber den marokkanischen Behörden hätte weigern können, Aminatou Haidar von Bord gehen zu lassen, zumal sie dies nur unter der Zusicherung der spanischen Behörden tat, mit dem nächsten Flugzeug wieder zurückfliegen zu dürfen?

98. Abgeordneter
Andrej
Hunko
(DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerung zieht die Bundesregierung aus der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. November 2009 zu Nicaragua (P7\_TA-PROV(2009)0103), insbesondere im Hinblick auf Nummer 6 und die vorhergehende Debatte zu Nicaragua, aufgrund derer drei Fraktionen im Europäischen Parlament der Abstimmung fernblieben?

#### Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

99. Abgeordneter Raju Sharma (DIE LINKE.)

Wie und wann beabsichtigt die Bundesregierung, den seit 1919 bzw. 1949 bestehenden Verfassungsauftrag aus Artikel 140 des Grundgesetzes (GG) i. V. m. Artikel 138 Absatz 1 Satz 2 der Weimarer Reichsverfassung (WRV) zu erfüllen, demzufolge der Bund Grundsätze aufzustellen hat, die es den Ländern ermöglichen, ihre Verpflichtung aus Artikel 140 GG i. V. m. Artikel 138 Absatz 1 Satz 1 WRV zu erfüllen, die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften durch Landesgesetzgebung abzulösen?

100. Abgeordneter

Josef Philip

Winkler

(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung – nach dem nunmehr sechsten erfolgreichen Eilantrag vor dem Bundesverfassungsgericht vom 8. Dezember 2009 – 2 BvR 2780/09 – Rückschiebungen nach Griechenland im Rahmen des Dublin-II-Verfahrens sofort zumindest bis zur Hauptsacheentscheidung aussetzen, und wenn nein, warum nicht?

101. Abgeordneter

Wolfgang

Wieland

(BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse hatte die Bundesregierung über die Tätigkeit des rechtsextremistischen Internetradios "European Brotherhood", und in welchem Umfang gab es einen Austausch mit den Landesämtern für Verfassungsschutz über die Beobachtung dieses Internetradios?

102. Abgeordneter
Wolfgang
Wieland
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sieht der Bundesminister des Innern – wie er bei der Jahrestagung des Bundeskriminalamtes (BKA) im November 2009 in Wiesbaden erklärte – tatsächlich keinerlei Änderungsbedarf am BKA-Gesetz, und in welchem Verhältnis steht diese Äußerung zu den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag?

103. Abgeordneter Martin
Dörmann
(SPD)

Wie will die Bundesregierung – vor dem Hintergrund der angekündigten Aussetzung des Zugangserschwerungsgesetzes – sicherstellen, dass die unterzeichneten und derzeit ruhenden Verträge zwischen dem Bundeskriminalamt und den Providern nicht in Kraft treten bzw. aktiviert werden, und finden diesbezüglich entsprechende Gespräche mit dem BKA und den Providern statt?\*)

104. Abgeordnete **Brigitte Zypries** (SPD)

Wie soll mit der – auf der Basis der entsprechenden Verträge zwischen dem Bundeskriminalamt und den Providern – bereits errichteten oder sich im Aufbau befindlichen technischen Infrastruktur zur Sperrung von kinderpornographischen Inhalten und zur Umleitung auf den Stopp-Server verfahren werden, und wann ist mit einem entsprechenden Rückbau zu rechnen?

<sup>\*)</sup> Siehe hierzu auch Frage 114.

105. Abgeordnete
Brigitte
Zypries
(SPD)

Welche Bundesministerien sind an den Überlegungen der Bundesregierung zum weiteren Umgang mit den Sperrverträgen und dem Zugangserschwerungsgesetz beteiligt, und wann werden diese Überlegungen abgeschlossen sein?

106. Abgeordnete
Petra
Pau
(DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die bisherigen Anstrengungen bei der Umsetzung des Rahmenübereinkommens des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten in Bezug auf Roma und Sinti, und auf welchen Gebieten sieht die Bundesregierung besondere Schwierigkeiten oder gar Rückschläge?

107. Abgeordnete
Petra
Pau
(DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die erreichten Erfolge bei der Bekämpfung der Diskriminierung von Roma und Sinti in den Medien der europäischen Mitgliedstaaten, und welche weiteren Maßnahmen müssen in diesem Zusammenhang – nach Ansicht der Bundesregierung – noch umgesetzt werden?

108. Abgeordnete
Uta
Zapf
(SPD)

In welchem Umfang sind bisher Polizeikräfte und Polizeiausbilder aus dem Freistaat Bayern an den bilateralen sowie europäischen Missionen zur Polizeiausbildung in Afghanistan beteiligt?\*)

109. Abgeordneter Andrej Hunko (DIE LINKE.)

Wann plant die Bundesregierung, eine Vorlage für ein Gesetz zum SWIFT-Abkommen einzubringen, um – entsprechend der von der Bundesregierung bei der Unterzeichnung des Abkommens abgegebenen Erklärung nach Artikel 24 Absatz 5 des EU-Vertrags (EUV) (Ratifizierungsvorbehalt) – die verfassungsrechtlichen Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland einzuhalten, damit das Abkommen für Deutschland in Kraft treten kann?

<sup>\*)</sup> Siehe hierzu auch Frage 92.

#### Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

110. Abgeordnete

Daniela

Wagner

(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In welcher Weise und in welchem Zeitrahmen beabsichtigt die Bundesregierung, die im Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen gegen das so genannte Mietnomadentum auszugestalten?

111. Abgeordnete

Daniela

Wagner

(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, dass bei einer Veränderung der geltenden Rechtslage die Rechte der Mieterinnen und Mieter im gewohnten Maße gewahrt bleiben und nicht die große Mehrheit der Mieterinnen und Mieter aufgrund des Fehlverhaltens einer Minderheit rechtliche Nachteile erfährt?

112. Abgeordnete
Halina
Wawzyniak
(DIE LINKE.)

Welche Fälle des so genannten Mietnomadentums sollen, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, gesetzlich geregelt und ihnen damit wirksam begegnet werden, und aufgrund welcher empirischen Datenlage hält die Bundesregierung dieses Problem für regelungsbedürftig (aufschlüsseln nach Fällen pro Jahr ab 2005 und Gesamtschaden)?

113. Abgeordnete **Tabea Rößner**(BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN)

Ist davon auszugehen, dass sich die Bundesregierung vor dem Hintergrund der hiesigen möglichen Verfassungswidrigkeit des Zugangserschwerungsgesetzes und der durch Evaluation zu prüfenden Effektivität bisheriger Maßnahmen auf EU-Ebene für Zugangserschwerungsregelungen zu Kinderpornographieseiten einsetzen wird, wie sie der EU-Justizkommissar Jacques Barrot vorgeschlagen hat?

114. Abgeordneter **Martin Dörmann** (SPD) Welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung in welchem Zeitraum ergreifen, um die tatsächliche Löschung von kinderpornographischen Inhalten auch in den Ländern erreichen zu können, in denen dies bislang nicht durchgesetzt werden konnte – vor dem Hintergrund entsprechender Ankündigungen seitens der Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, in den Medien?\*)

<sup>\*)</sup> Siehe hierzu auch Frage 103.

#### Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

115. Abgeordneter Werner Schieder (Weiden) (SPD) Welche Konsequenz zieht die Bundesregierung aus der Erfahrung, dass das Angebot an die Banken, die sog. toxischen Wertpapiere im Rahmen der derzeit geltenden gesetzlichen Regelungen in sog. Bad Banks auszulagern, von keiner einzigen deutschen Privatbank angenommen wird, und beabsichtigt die Bundesregierung, das die gegenwärtige Regelung kennzeichnende Freiwilligkeitsprinzip zugunsten einer die Banken verpflichtenden Lösung aufzugeben?

116. Abgeordneter Dirk Becker (SPD)

Auf welcher Datenbasis bzw. auf welchen genauen Annahmen basiert die Berechnung der Minderung der Steuerentlastungssätze für Biokraftstoffe (Biodiesel sowie Pflanzenöle) für die kommenden drei Jahre (2010: 52 Mio. Euro, 2011: 102 Mio. Euro, 2012: 127 Mio. Euro) der von der Bundesregierung im Rahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes geplanten Änderung des Energiesteuergesetzes?

117. Abgeordneter
Dirk
Becker
(SPD)

Gibt es eine Abschätzung darüber, wie sich der so genannte Tanktourismus von Lastkraftwagen im Hinblick auf die Steuerentlastungen für Biokraftstoffe entwickelt, und ist diese Abschätzung in die Berechnung der genannten Mindereinnahmen aus der Energiesteuer eingeflossen?

118. Abgeordneter **Gerd Bollmann** (SPD) Um welche Beträge würden sich die spezifischen Steuereinnahmen unter der Annahme einer erhöhten Steuerentlastung mit einem effektiven Steuersatz von 10 Cent pro Liter Biodiesel bzw. Pflanzenölkraftstoff reduzieren?

119. Abgeordneter **Gerd Bollmann** (SPD) Könnten sich die Gesamteinnahmen aus Steuern auf Kraftstoffe möglicherweise sogar erhöhen, wenn man Biokraftstoffe steuerlich stärker entlasten würde (10 Cent pro Liter), und wie müsste sich danach der Absatz fossiler Kraftstoffe entwickeln, um die Mindereinnahmen aufgrund der steuerlichen Entlastung von Biokraftstoffen zu kompensieren?

120. Abgeordnete
Dr. Barbara
Hendricks
(SPD)

Welche Haltung hat die Bundesregierung zur Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer?

121. Abgeordnete
Dr. Barbara
Hendricks
(SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung den Sachstand, dass die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, in ih-Regierungserklärung zum Amtsantritt am 10. November 2009 ihre Unterstützung für eine internationale Finanztransaktionssteuer geäußert hat: "denn wir müssen alles tun, damit sich eine solche Krise nie wiederholt. Wenn wir international übereinkommen, bin ich sehr dafür, dass wir zum Beispiel über eine Börsenumsatzsteuer international die Banken an der Begleichung der Schäden, die diese Krise angerichtet hat, beteiligen." im Zusammenhang mit der Einlassung des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, in der Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages am 2. Dezember 2009, er lehne die Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer ab?

122. Abgeordnete
Dr. Barbara
Höll
(DIE LINKE.)

Wie begründet die Bundesregierung den Nichtanwendungserlass im Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 1. Dezember 2009 (IV B 8 – S 7105/09/10003) zu dem für den Steuerpflichtigen günstigen Urteil des Bundesfinanzhofs vom 29. Januar 2009 (V R 67/7), und wieso handelt die Bundesregierung im Widerspruch zur Aussage im Koalitionsvertrag, dass sich Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen auf die Auslegung der Gesetze beschränken (sollen) und die Praxis der Nichtanwendungserlasse zurückgeführt wird?

123. Abgeordnete
Dr. Barbara
Höll
(DIE LINKE.)

Hält die Bundesregierung weiterhin an der Auffasung des Bundesministeriums der Finanzen vom 7. Juli 2009 fest (BMF-Newsletter: Anwenden oder nicht anwenden?), dass es nicht Ziel eines Nichtanwendungserlasses sei, Steuermehreinnahmen zu erzielen, sondern dem Bundesfinanzhof Gelegenheit zu geben, in einem neuen Verfahren seine Rechtsauffassung zu überprüfen, und wenn ja, sieht die Bundesregierung nicht eine Erosion der Steuermoral, wenn Steuerpflichtige – obgleich ein oberstes Bundesgericht in einem vergleichbaren Fall bereits zu ihren Gunsten entschieden hat – erneut vor Gericht ziehen müssen?

124. Abgeordnete
Dr. Gesine
Lötzsch
(DIE LINKE.)

Wird die Bundesregierung dem Beispiel der britischen Regierung folgen und eine Sondersteuer auf sog. Banker-Boni erheben, damit die Banker wenigstens zum Teil an der Finanzierung der Krisenfolgen beteiligt werden, oder welchen Weg wählt die Bundesregierung, um die Banker an den Lasten der Krise zu beteiligen?

125. Abgeordnete Veronika Bellmann (CDU/CSU)

Inwiefern unterläuft die Verwendung des Solidaritätszuschlages die Regel, nach der sich der Bund mit den Ländern die Einnahmen aus der Einkommenund Körperschaftsteuer zu teilen hat, und wie ist diese Abweichung von der Regel zu begründen?

126. Abgeordnete
Iris
Gleicke
(SPD)

Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass bei der angekündigten Besserstellung der Alteigentümer im Flächenerwerbsänderungsgesetz die Interessen ortsansässiger landwirtschaftlicher Betriebe beim Flächenverkauf gleichwertig berücksichtigt werden?

127. Abgeordneter **Hans-Joachim Hacker** (SPD) Wie bewertet die Bundesregierung die Wirkung des Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetzes (EALG), der Flächenerwerbsverordnung und der Privatisierungsgrundsätze zum Verkauf der ehemals volkseigenen landwirtschaftlichen Nutzflächen?

128. Abgeordneter Hans-Joachim Hacker (SPD) Ist die Bundesregierung bereit, den Kompromiss im Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz bezüglich der Flächenverkäufe an Alteigentümer aufrechtzuerhalten?

129. Abgeordnete
Waltraud
Wolff
(Wolmirstedt)
(SPD)

Bis wann ist mit einem Ergebnis der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum BVVG-Privatisierungskonzept zu rechnen, in der die Verfahren zur Preisbildung für Verkäufe und Pacht und die Verfahren für Direktverkäufe so definiert werden sollen, dass Preissprünge wie in der Vergangenheit vermieden und agrarstrukturelle Belange angemessen berücksichtigt werden, und welche Vorstellungen hat die Bundesregierung dazu entwickelt?

130. Abgeordnete
Waltraud
Wolff
(Wolmirstedt)
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, im Interesse der Sicherung der Existenz ortsansässiger Unternehmen, die landwirtschaftliche Flächen von der BVVG gepachtet haben, bestehende Pachtverträge vorrangig zu verlängern?

131. Abgeordnete
Sabine
Stüber
(DIE LINKE.)

Wie ist der Stand der Verständigung zwischen dem Bund und dem Land Brandenburg zum künftigen Verfahren der Privatisierung von Seen bzw. Gewässern?

# Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

132. Abgeordnete
Karin
Roth
(Esslingen)
(SPD)

In welcher Weise wird sich die Bundesregierung in Umsetzung der Beschlüsse des Deutschen Bundestages (z. B. auf den Bundestagsdrucksachen 16/556 und 16/3810) weiterhin für die Stärkung der internationalen Umwelt- und Sozialstandards sowie des Vorsorgeprinzips und des Verbraucherschutzes einsetzen und für die Einhaltung internationaler Abkommen auf diesen Gebieten durch das Regime der Welthandelsorganisation (WTO) eintreten?

133. Abgeordneter **Dr. Sascha Raabe** (SPD)

Welche Schritte wird die Bundesregierung in der EU und mit der EU unternehmen, um nach der 7. WTO-Ministerkonferenz in Genf den Abschluss der Doha-Entwicklungsrunde voranzutreiben und die Vereinbarungen von Hongkong 2005 insbesondere über den vollständigen Abbau der Agrarexportsubventionen bis 2013, den zoll- und quotenfreien Zugang der ärmsten Entwicklungsländer zu den Märkten der Industrieländer und den erleichterten Zugang der Entwicklungsländer zu Präparaten gegen Massenepidemien verbindlich umzusetzen?

134. Abgeordneter **Dr. Sascha Raabe** (SPD)

Wird die Bundesregierung im Falle des Scheiterns eines Gesamtabschlusses der laufenden Welthandelsrunde an den in Hongkong vereinbarten Zugeständnissen an die Entwicklungsländer festhalten (z. B. Abbau der Agrarexportsubventionen bis 2013, Aid-for-Trade-Paket)?

135. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Welche der in der 16. Wahlperiode beschlossenen (neun) Tourismuspolitischen Leitlinien der Bundesregierung bleiben auch in der 17. Wahlperiode gültige Arbeitsgrundlage für die Bundesregierung, und in welcher Hinsicht sollen (siehe Koalitionsvertrag) alle bzw. einzelne Leitlinien "fortentwickelt" werden?

136. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Was unternimmt die Bundesregierung mit Blick auf die am 8. Dezember 2009 vorgestellte Studie "Deutsche Kinder- und Jugendreisen 2008 – Aktuelle Daten zu Struktur und Volumen" im Jahr 2010, um der in den Tourismuspolitischen Leitlinien der Bundesregierung formulierten Aufgabe "Ziel der Bundesregierung ist die Teilhabe aller Bevölkerungskreise am Tourismus. Auch Menschen mit gesundheitlichen, sozialen oder finanziellen Einschränkungen sollen reisen können." noch besser gerecht werden zu können?

137. Abgeordneter Ernst Hinsken (CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Meinung, dass in Deutschland ein reduzierter Mehrwertsteuersatz im Gastronomiegewerbe zur Reduzierung von Wettbewerbsverzerrungen im Vergleich zu den europäischen Nachbarländern eingeführt werden muss?

138. Abgeordneter Ernst Hinsken (CDU/CSU) Wann wird die Bundesregierung das Versprechen des jetzigen Mittelstands- und Tourismusbeauftragten der Bundesregierung, Ernst Burgbacher, und des jetzigen Bundesministers des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, nach der Einführung ermäßigter Mehrwertsteuersätze für Hotellerie und Gastronomie in Deutschland für den Gastronomiebereich umsetzen, was beide in einem an tausende Gastronomen der Bundesrepublik Deutschland gerichteten Brief vom 28. März 2009 gefordert haben?

139. Abgeordnete

Doris

Barnett
(SPD)

Welche Auswirkungen wird die zum 1. Januar 2010 in Kraft tretende europäische Dienstleistungsrichtlinie auf die Entwicklung der Entsorgungsbranche bezüglich der Lohnentwicklung haben\*)?

<sup>\*)</sup> Siehe hierzu auch Frage 11.

140. Abgeordneter Steffen-Claudio Lemme (SPD)

Welche Maßnahmen oder Regelungen gedenkt die neue Bundesregierung im Zusammenhang mit der von mittelständischen Unternehmen wie Fachleuten beklagten Kreditklemme gegenüber den unter dem Rettungsschirm befindlichen Banken zu ergreifen, um ein Abwürgen der Konjunktur besonders in den immer noch strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands zu verhindern?

141. Abgeordneter Notz (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vertreten die zuständigen Fachministerien, nach-Dr. Konstantin von dem etliche Juristen die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes zur Erschwerung des Zugangs zu kinderpornographischen Inhalten in Kommunikationsnetzen (Zugangserschwerungsgesetz - ZugErschwG) bezweifelt haben und der Bundespräsident Horst Köhler den Wunsch nach einer vertieften Prüfung des Gesetzes geäußert hat, auch vor dem Hintergrund des im Koalitionsvertrag beschlossenen einjährigen Moratoriums, weiterhin die Ansicht, dass an dem Gesetz festgehalten werden sollte, oder gibt es von Seiten der Bundesregierung und den zuständigen Fachministerien Überlegungen, die Anwendung des Gesetzes noch während der vertiefenden Prüfung durch den Bundespräsidenten Horst Köhler mit einem Erlass oder einer neuen Gesetzesinitiative zu stoppen?

